



Populistischer Unsinn

Hauptstädte sind nicht die beliebtesten Orte in einem Land, weil sich die Aufmerksamkeit immer auf diese konzentriert und sich der Rest oft abgehängt fühlt. Es ist also wichtig, dass sich die Metropolen einen guten Ruf erarbeiten, der für Akzeptanz im ganzen Land bei allen Bürgern sorgt.

Nun, Berlin ist zwar als Reiseziel nach wie vor beliebt, ansonsten gibt es viel Spott aus dem Rest der Republik. Über den Flughafen müssen wir nicht reden, auch die Münchener haben ihren nicht termingerecht fertigbekommen, und die Hamburger hatten mit ihrer Elbphilharmonie auch eine Menge Probleme. Wahlen haben aber andere irgendwie ordentlicher hinbekommen. Berlin droht der Supergau, ob teilweise oder ganz neugewählt werden muss, entscheidet sich in den nächsten Wochen. Die Republik und die Welt schauen auf diese Stadt.

Dankenswerter Weise hat der NDR mit seinen Vetterwirtschaftsproblemen den rbb ein wenig aus der Schusslinie genommen, Frau Schlesinger ist aber nach wie vor Thema jeder Satiresendung. Also: Es wäre an der Zeit, dass Berlin mal wieder positive Schlagzeilen produziert. Was jedoch veranstaltet die „führende politische Kraft“ der Stadt? Chaos. Der Streit um eine regionale Fortsetzung des 9-Euro-Tickets ist unsäglich.



Dieser fröhlich dreinblickende Herr ist Berlins SPD-Chef **Raed Saleh**. Am 20. August meldete die Deutsche Presseagentur, dass Saleh eine „rasche Lösung für die Nachfolge des 9-Euro-Tickets“ anmahnt.

„Es ist fünf vor zwölf“, sagte er dpa. *„Das Modell habe funktioniert, sich bewährt und sei eine konkrete Entlastung vieler Menschen. Und es leistet darüber hinaus einen Betrag zum Klimaschutz und zur Mobilitätswende.“* So weit so gut.

Finanzminister **Christian Lindner** wirft Saleh vor, eine Nachfolgelösung zu blockieren: *„Herr Lindner fährt lieber Porsche als BVG. Er interessiert sich gar nicht für das Thema“*, unterstellt Saleh Lindner. Großmäulig, wie es Salehs Art ist, fährt er fort: *„Ich gehe davon aus, dass unsere Mitglieder in der*

Bundesregierung an einer Lösung arbeiten und Herrn Lindner klarmachen, dass er Juniorpartner ist und nicht die treibende Kraft in der Koalition.“ Dass die SPD treibende Kraft ist, wenn es um ein neues bundesweites Billigticket für den ÖPNV geht, ist nicht festzustellen.

Saleh ist mal wieder vorgeprescht und hat seine Ko-Vorsitzende **Franziska Giffey**, die auch Regierende Bürgermeisterin ist, unter Zugzwang gesetzt. Anstatt Giffey Salehs Vorstoß einkassierte, ließ sie sich vor den Karren spannen. Im folgenden Verlauf des Dramas war dann vom Urheber Saleh keine Rede mehr, nur Giffey stand im Fokus der unvermeidlichen Auseinandersetzung mit dem Nachbarland Brandenburg.

Gegen alle Bedenken, vor allem auch des Grünen Koalitionspartners, wurde das Projekt, das nun 29-Euro-Ticket heißt, mit der Brechstange durchgedrückt. Völlig entnervt vom Berliner Alleingang hat der Aufsichtsrat des Verkehrsverbunds Berlin-Brandenburg (VBB) am 15. September grünes Licht gegeben.

Schaut man sich das Berliner 29-Euro-Ticket an, so kann man nur zu einem Ergebnis kommen: Populistischer Unsinn. Es soll ab dem 1. Oktober gelten, allerdings in Form eines Abonnements. Das heißt: Es kann nicht einfach wie sein Vorgänger am Automaten gezogen, sondern muss beantragt werden. Ein Abo für drei Monate, mit einem „Sonderkündigungsrecht“, wenn man es ab dem 1. Januar 2023 nicht mehr haben möchte. Man kann das Abo auch weiterlaufen lassen, dann allerdings zu dem regulären Preis für 63,42 Euro monatlich.

Das 29-Euro-Ticket ist nicht annähernd mit dem 9-Euro-Ticket vergleichbar, denn es gilt nur im Bereich AB in Berlin, unsere Punks kommen damit nicht nach Sylt. Pendler zwischen Berlin und Brandenburg, die den Tarifbereich C benötigen, haben Probleme. Wie soll das gehen? Zusatzstreckenticket kaufen? Das ist doch irre. Der Senat geht offenbar davon aus, dass es zum 1. Januar 2023 ein bundesweites Nachfolgeticket gibt. Bislang sind diesbezügliche Bestrebungen allerdings nicht erkennbar.

In Berlin und im Bundesgebiet schütteln die Menschen den Kopf über Berlins Alleingang. Und **Raed Saleh** schweigt, dafür lässt er **Franziska Giffey** jubeln. *„Berlin liefert: Mit dem 29-Euro-Ticket geht Berlin als erstes Bundesland voran. Wir entlasten damit hunderttausende Berlinerinnen und Berliner ganz konkret. Das 29-Euro-Ticket setzt ein deutliches Zeichen für Klimaschutz, moderne Mobilität und soziale*



Teilhabe in der Hauptstadt...Unser langfristiges Ziel bleibt ein dauerhaftes, gutes ÖPNV-Angebot, mit dem die Berlinerinnen und Berliner für nicht mehr als 1 Euro am Tag überall in der Stadt unterwegs sein können." Ein 365-Euro-Ticket wie in Wien, wollte schon Giffey's Vorgänger **Michael Müller** einführen. Bis heute ist daraus nichts geworden, warum wohl.

Zeigte sich anfangs die Grüne **Bettina Jarasch**, Bürgermeisterin und Senatorin für Umwelt, Mobilität, Verbraucher- und Klimaschutz, sehr zurückhaltend und verwies darauf, dass man auf Signale vom Bund warten wolle, jubelt sie jetzt mit: „Das war keine einfache Geburt. Umso zufriedener können wir heute sein. Die Berlinerinnen und Berliner bekommen zum 1. Oktober die so dringend nötige finanzielle Entlastung durch ein 29-Euro-Ticket, die wir versprochen haben. Das werden viele hunderttausend Menschen im Geldbeutel spüren und zugleich ermöglichen wir Mobilität...Ich mache mich jetzt an die nächste große Aufgabe: Mit dem Bund und den anderen Ländern ein dauerhaftes bezahlbares Nachfolgeticket zu verhandeln. Wir wollen, dass es im nächsten Jahr weitergeht.“

Und als wenn das nicht genug Grüner Jubel wäre, meldet sich auch noch Fraktionsvorsitzender **Werner Graf** zu Wort: „Die heutige Entscheidung für ein 29 Euro-Ticket in Berlin ist eine großartige Nachricht für die Bewohner*innen dieser Stadt. Wir freuen uns sehr, dass der VBB grünes Licht für einen Berliner **Pioniersentwurf** zur Fortsetzung des 9 Euro-Tickets gegeben hat. Mit dem 29 Euro-Ticket entlasten wir **schnell und unbürokratisch** viele Berliner*innen während der nächsten Monate.“

Es fällt schwer, auf dieser grünen Schleimspur nicht auszurutschen. „Pioniersentwurf“? Nie gehört. Unbürokratisch? Ist ja wohl ein Witz. Viel Spaß beim Antragsausfüllen, und vergessen Sie nicht, Ihre IBAN zur Abbuchung anzugeben. An keiner Stelle habe ich bisher etwas darüber gelesen, wie mit den Bestandsabonnenten umgegangen wird. Wird denen, wie beim 9-Euro-Ticket, von Oktober bis Dezember nur 29 Euro vom Konto abgebucht?

In den Jubelchor stimmen auch die Linken Fraktionsvorsitzenden **Anne Helm** und **Carsten Schatz** ein. „Wir begrüßen die Zustimmung des VBB zur Einführung eines Berliner 29-Euro-Tickets ab dem 1. Oktober 2022. Damit werden viele Berlinerinnen und Berliner, die aktuell unter den stark steigenden Preisen für Energie und Grundversorgung leiden, wirksam entlastet...jetzt sind noch viele Fragen über die Ausgestaltung eines bundesweit gültigen Nahverkehrsticket ab dem 1. Januar 2023 offen. Deshalb ist gut,

dass Rot-Grün-Rot in Berlin nun voran geht, den Zeitraum bis zum nächsten Jahr überbrückt und zugleich Maßstäbe setzt. Weniger gut ist, dass die Senatsverwaltung für Mobilität bisher beim VBB noch keine Absenkung des Berlin-Tickets S (Sozialticket) beantragt hat. DIE LINKE erwartet, dass dies schnellstmöglich nachgeholt wird, so dass auch die Menschen, die besonders unter der Krise leiden, eine spürbare Entlastung erfahren.“

Schon am 26. August hat sich CDU-Chef **Kai Wegner** geäußert. „Der Vorschlag, das 9 Euro-Ticket regional bis Jahresende zu verlängern, ist ohne Beteiligung und Unterstützung des Verkehrsverbundes und des Landes Brandenburg eine Luftnummer. Wer zum BER fahren möchte oder in Potsdam studiert oder arbeitet, guckt in die Röhre. Die Spaltung des Verkehrsverbundes kann nicht die Lösung sein. Berlin und Brandenburg müssen Mobilität gemeinsam voranbringen.“

Berlin braucht kein 9-Euro-Strohfeuer, sondern dauerhaft ein attraktives 365-Euro-Ticket. So bleibt Mobilität verlässlich und bezahlbar, erst recht in Krisenzeiten. Entlastung in der Krise ist wichtig. Ein 9-Euro-Ticket hilft denjenigen, die nicht täglich den ÖPNV nutzen, aber überhaupt nicht. Rentner, Fahrradfahrer und Menschen, die aufs Auto angewiesen sind, haben nichts davon. Unser Vorschlag, das Energiegeld für alle Berlinerinnen und Berliner, ist viel besser, weil damit alle unmittelbar entlastet werden.“

Felix Reifschneider von der FDP teilte am 15. September mit: „Dass Franziska Giffey und Bettina Jarasch mit der Brechstange das 29-Euro-Abonnement erzwungen haben, wird sehr teuer für die Berlinerinnen und Berliner. Der Senat produziert somit Chaos, anstatt zielgenau diejenigen zu entlasten, die von der Inflation besonders stark betroffen sind. Die FDP-Fraktion fordert, den Preis für das Sozialticket von 27,50 Euro auf fünf Euro zu senken. Das ist eine effektive Entlastung für die Schwächsten der Gesellschaft. Die eigentliche Aufgabe des Senats wäre es gewesen - zusammen mit den anderen Bundesländern und dem Bund - ein neues Deutschlandticket für 2023 zu entwickeln und für einen sauberen und sicheren ÖPNV in der ganzen Stadt zu sorgen. Der Senat verpulvert knappe Ressourcen für kurzfristige Wahlgeschenke.“

Mit dem Blick auf mögliche Neuwahlen Anfang 2023 ist die Zeit gekommen, Wahlgeschenke zu schnüren. Der Wahlkampf wird vermutlich über Weihnachten stattfinden, das passt doch.

Ed Koch